



## «Man soll den Missbrauch bestrafen» Der neue Skos-Präsident Christoph Eymann verrät im Gespräch mit Daniel Gerny und Lucien Scherrer seine Reformpläne für die Sozialhilfe

*Herr Eymann, Sie gehören der liberal-demokratischen Partei an, sind Mitglied der FDP-Fraktion und damit der erste bürgerliche Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), welche die Ansätze für die Sozialhilfe erarbeitet. Wie wollen Sie die Kosten in der Sozialhilfe dämpfen?*

Wer nun erwartet, dass ich erkläre, wie man es in der Sozialhilfe richtig macht, den muss ich enttäuschen. Das entspricht nicht der Haltung, mit der ich das Amt übernehme. Wenn Sie mich nach der generellen Stossrichtung fragen, antworte ich: Es muss uns gelingen, die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern. Dazu muss die Skos einen wesentlichen Beitrag leisten.

*Viele Leute haben das Gefühl, Arbeit lohne sich nicht mehr. Im Kanton Bern wurde am letzten Sonntag eine Gesetzesvorlage nur knapp abgelehnt, die den Grundbedarf um acht Prozent senken und gleichzeitig die Integrationszulagen erhöhen wollte.*

Ich bin froh, dass der Kanton Bern diese Vorlage abgelehnt hat – und ich kann mir eine Nebenbemerkung nicht verkneifen: Der Kanton Bern ist der grösste Bezüger beim eidgenössischen Finanzausgleich. Er ist gewissermassen in einer ähnlichen Lage wie ein Sozialhilfeempfänger. Wenn die restlichen Kantone so über Bern denken würden wie gewisse Berner Politiker über Sozialhilfeempfänger, stünde es schnell schlecht um den Kanton.

*Was ist denn falsch daran, den Grundbedarf grundsätzlich zu senken und die Beträge bei entsprechendem Verhalten zu erhöhen?*

Ich halte diesen Ansatz für entwürdigend. Das Gros der Sozialhilfeempfänger ist kooperativ und will arbeiten. Ich finde es gönnerhaft, wenn der Staat seine Leistungen vom Wohlverhalten des Ein-

zelnen abhängig macht. Der Staat soll dort bestrafen, wo es zu Missbrauch kommt – nicht umgekehrt. Ganz abgesehen davon, dass mit einer solchen Beweislastumkehr eine enorme Bürokratie aufgebaut werden müsste.

*Wäre es nicht eine Selbstverständlichkeit, dass man eine Amtssprache lernt, wenn man Sozialhilfe bezieht, wie das im Kanton Bern gefordert wurde?*

Wer zu uns kommt, soll die Sprache lernen müssen – das ist richtig. Ich glaube aber nicht, dass man dies via Sozialhilfe wirkungsvoll steuern kann. Viel wichtiger erscheint mir, dass die Kantone Kurse anbieten und dafür sorgen, dass sie auch besucht werden – unabhängig davon, ob jemand in der Sozialhilfe ist oder nicht. In meinem Kanton, Basel-Stadt, funktioniert das seit Jahren gut.

*Wer in einem Billiglohn-Job arbeitet, erhält unter Umständen weniger als ein Sozialhilfeempfänger. Setzen solche Schwelleneffekte nicht falsche Anreize?*

Es gibt Löhne, die nicht ausreichen, um die Existenz einer Familie zu sichern. Wir müssen deshalb solche Schwelleneffekte genau im Auge behalten. Kein Rezept wäre es allerdings, staatlich festgelegte Mindestlöhne einzuführen. Hier wären die Nebeneffekte garantiert grösser als der Nutzen.

*Welche zusätzlichen Massnahmen schlagen Sie denn vor?*

Ich habe kein Massnahmenpaket, aber ich habe Vorstellungen davon, welche Ansätze funktionieren: Vor zehn Jahren hat man auf Bundesebene mit der Attestlehre eine zweijährige Grundausbildung für Leute mit einem schulisch leichteren Rucksack eingeführt. Dieser Lehrabschluss hat entscheidend dazu beigetragen, Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden. Das ist meines Erachtens

der richtige Weg. Erfolg werden wir dann haben, wenn es uns gelingt, die Wirtschaft dazu zu bringen, möglichst viele Leute einzustellen. Die Wirtschaft ist bereit, hier Eigenverantwortung zu übernehmen. Sie tut es auch, aber es kann noch mehr getan werden.

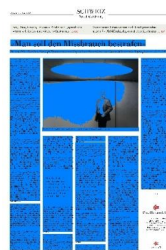
*Der relativ hohe Anteil der Jugendlichen in der Sozialhilfe zeigt, dass es manche Leute von Anfang an nicht in den Arbeitsmarkt schaffen.*

Deshalb halte ich die schulische Frühförderung für so wichtig. Kinder, die

«Ich bin nicht der Ansicht, dass man das System auf jene ausrichten sollte, die um jeden Preis profitieren wollen und sich um einen Job drücken.»

beim Schuleintritt die Sprache nicht beherrschen, sind oft während der ganzen Bildungslaufbahn beeinträchtigt. Das erhöht das Risiko einer «Karriere» in der Arbeitslosenversicherung und in der Sozialhilfe. Zwar hat man in den letzten Jahren mancherorts stark aufgeholt – aber vieles ist noch Stückwerk. Die Frühförderung wird heute noch zu wenig als Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden gesehen. Die Skos muss auch hier aktiver werden.

*Gleichzeitig landen zunehmend mehr Leute über 55 Jahre in der Sozialhilfe. Wie gehen Sie damit um?*



Ich halte den Vorschlag des Bundesrates für sinnvoll, begleitend zu einem leichteren Zugang zu Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen eine Überbrückungsrente für Langzeitarbeitslose zu schaffen. Das dispensiert die Arbeitgeber allerdings nicht davon, ältere Leute weiterhin einzustellen.

*Genau das ist allerdings die Gefahr bei diesem Modell: Die Arbeitnehmer haben ab einem gewissen Alter kein Interesse mehr, eine Stelle zu suchen. Und den Arbeitgebern fällt es leichter, ältere Mitarbeiter auf die Strasse zu stellen.*

Ja, solche Fälle werden in der Tat nicht zu vermeiden sein. Meine Erfahrung ist es aber, dass die Mehrheit der Arbeitgeber ihre Verantwortung ernst nimmt und sich auch die meisten Arbeitnehmer engagiert um eine Stelle bemühen. Die Leute wollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben, und die Arbeitswelt ist Teil davon. Dass das vom Bundesrat vorgeschlagene Modell von gewissen Unternehmen und Arbeitnehmern ausgenutzt werden wird, ist aus meiner Sicht eine Nebenwirkung. Solche Effekte lassen sich beim besten Modell nicht ausschliessen.

*Im Asylbereich scheint die Lage dagegen beinahe hoffnungslos zu sein: Die meisten Flüchtlinge kommen nicht von der Sozialhilfe weg.*

Die Herausforderungen sind in der Tat riesig. Solange es uns nicht gelingt, die Leute für den Arbeitsmarkt vorzubereiten, wird sich hier nichts ändern. Ohne zusätzliche Anstrengungen bei der Integration und der Bildung geht es nicht.

*Sind nicht einfach die Ansätze in der Sozialhilfe zu hoch? Flüchtlinge aus armen Ländern haben ja kaum eine Motivation, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen.*

Ich bin grundsätzlich nicht der Ansicht, dass man das System auf jene ausrichten sollte, die um jeden Preis profitieren wollen und sich deshalb um einen Job drücken. Wie gesagt: Solche Leute wird es immer geben, aber sie sind nicht in der

Mehrheit. Wir müssen uns um diejenigen Personen kümmern, die arbeiten wollen, es aber aus irgendeinem Grund nicht können.

*Die Skos rechnet bei einer vierköpfigen Familie pro Monat mit 350 Franken für Telefon und Fernsehen. Ein Handy-Abo mit unbegrenzten Anrufen und SMS sowie 3 GB Datentransfer ist schon unter 20 Franken zu haben.*

Man kann natürlich über einzelne Posten streiten. Wenn ich den Fachleuten zuhöre, dann wird für den Telekombereich derzeit eher zu viel eingerechnet, während die Ausgaben für die Mobilität zu knapp bemessen sind. Ob sich das unter dem Strich ausgleicht, weiss ich nicht. Die Grundlagen für die Bemessung liefert das Bundesamt für Statistik. Es ist klar, dass diese Angaben regelmässig überprüft und angepasst werden müssen. Das geschieht auch.

*Wird die Eigenverantwortung der Bezüger gefördert, wenn man ihnen Zahnbehandlungen und andere «situationsbedingte Leistungen» ohne Selbstbehalt bezahlt?*

Medizinisch notwendige Behandlungen müssen bezahlt werden, das erscheint mir klar. Aber man muss die Frage nach der Eigenverantwortung in der Tat stellen. Es gehört zu den Aufgaben jedes Einzelnen, sich um die eigene Gesundheit zu kümmern. Doch damit dies funktioniert, muss man auch hier frühzeitig präventiv ansetzen, durch Integration: Kinder, die in einem Verein sind oder ein Lager besuchen, sehen beispielsweise, dass sich andere Kinder die Zähne putzen. Die Schule, die ohnehin immer mehr zur Reparaturwerkstatt der Gesellschaft verkommt, kann solche Präventionsaufgaben nicht alleine übernehmen.

*Sie sehen die Schule als Reparaturwerkstatt der Gesellschaft?*

Während meiner sechzehn Jahre als Erziehungsdirektor sind zwei Gruppen von Eltern stärker geworden: jene, die ihre Kinder übermässig protegieren, und jene, die sich gar nicht kümmern.

Wir haben deshalb im Gesetz die Elternrechte und -pflichten ausgebaut: Es ist heute in Basel obligatorisch, am Elternabend teilzunehmen und zu den Elterngesprächen zu erscheinen. Wenn die Mutter im Elterngespräch nicht mitreden darf und der Vater Hausaufgaben für unnötig hält, weil die Tochter so oder so heiratet, muss der Staat frühzeitig Gegensteuer geben können. Aus dieser Erfahrung bin ich fast sektierisch, was die frühe Förderung betrifft.

*Was halten Sie von einem eidgenössischen Sozialhilfe-Rahmengesetz, wie es die Linke fordert?*

Wenig. Wir sind in den letzten hundert Jahren gut damit gefahren, dass die Sozialhilfe nicht zentral vom Bund gesteuert wird. Es sind die Kantone selbst, die die Rahmenbedingungen bestimmen und in ihren Richtlinien festlegen. Dieses föderalistische Prinzip stellt sicher, dass die Kantone ihre Bedürfnisse jederzeit direkt einbringen können. Das funktioniert grundsätzlich gut. Nicht zuletzt die Abstimmung im Kanton Bern hat schliesslich erneut gezeigt, dass die Sozialhilfe in der Bevölkerung noch immer Rückhalt geniesst. Schon deshalb glaube ich übrigens auch nicht, dass ein Rahmengesetz politisch mehrheitsfähig wäre – da würde bestimmt die Föderalismuskeule geschwungen.

*Die Skos ist seit Jahren links geprägt, genauso wie der Vorstand der Sozialdirektorenkonferenz. Sehen Sie es als Ihre Aufgabe, hier einen Ausgleich zu schaffen?*

Ich finde, die Skos hat in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet. Natürlich ist die politische Herkunft der Verantwortlichen mitunter erkennbar. Man muss allerdings ehrlicherweise zugeben, dass sich die bürgerlichen Regierungsräte jeweils nicht gerade darum reissen, in ihren Kantonen das Sozialdepartement zu übernehmen. Das wirkt sich natürlich auch auf die Vertretung in der Skos aus. Dennoch glaube ich nicht, dass die politische Zusammensetzung für die Ausrichtung der Sozialhilfe entschei-



dend ist. Wichtiger als mein parteipoliti-  
scher Hintergrund erscheinen mir des-  
halb meine guten Beziehungen in die  
Wirtschaft.

*Felix Wolffers, einer Ihrer Vorgänger,  
kennt das Sozialhilfe-Business à fond.*

*Haben Sie selber schon einmal ein  
Sozialhilfe-Dossier gesehen?*

Nur indirekt, als Bildungsdirektor.  
Der Kinder- und Jugenddienst – heute  
Kesb – war eine Zeitlang beim Erzie-  
hungsdepartement angesiedelt. Pro-  
funde Kenntnisse habe ich allerdings

nicht. Es wird deshalb zu meinen er-  
sten Aufgaben gehören, mich auf den  
Sozialämtern kundig zu machen und  
Dossiers zu studieren. Ich will die Si-  
tuation nicht aus der Distanz, als Ver-  
treter einer privilegierten Bevölke-  
rungsschicht, beurteilen.



*Der Basler Nationalrat Christoph Eymann soll als Bürgerlicher die Sozialhilfe stabilisieren.*

ANNICK RAMP / NZZ